

Rede von Joschka Fischer zur Frage des EU-Beitritts der Türkei (Berlin, 16. Dezember 2004)

Quelle: Rede von Bundesaußenminister Fischer zur Frage des EU-Beitritts der Türkei vor dem Deutschen Bundestag, Berlin, 16.12.2004 (Auszug). [ONLINE]. [s.l.]: Auswärtiges Amt, [28.04.2005]. Verfügbar unter [HTTP://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=6613](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/ausgabe_archiv?archiv_id=6613).

Urheberrecht: (c) Auswärtiges Amt

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_joschka_fischer_zur_frage_des_eu_beitritts_der_turkei_berlin_16_dezember_2004-de-741e90b1-d4fe-4cfb-9118-3f0d9e5809e6.html

Publication date: 05/09/2012

Rede von Bundesaußenminister Fischer zur Frage des EU-Beitritts der Türkei vor dem Deutschen Bundestag (Berlin, 16. Dezember 2004)

Anrede,

Von allen Rednerinnen und Rednern wurde zu Recht unterstrichen, dass es sich um eine wichtige, ja sogar um eine historische Entscheidung nicht nur für Europa, sondern selbstverständlich auch für die Türkei handelt. Ich will versuchen, die Argumente im Einzelnen aufzunehmen, und unsere Sicht dazu darstellen.

Lassen Sie mich zuerst unsere Erwartung zweifelsfrei klarstellen. Wir gehen davon aus, dass der Europäische Rat den Beschluss fassen wird, zu einem bestimmten Datum im nächsten Jahr die Beitrittsverhandlungen – und nichts anderes – mit der Türkei aufzunehmen. Die Bundesregierung wird sich dafür mit allem Nachdruck einsetzen.

Wir müssen doch sehen, dass das europäische Einigungsprojekt seit dem Ende des Kalten Krieges eine unglaublich positive Wirkung ausstrahlt.... Wenn ich über Klein- bzw. Großeuropa spreche, dann meine ich das Europa der 25, ein Europa, das um zehn Mitgliedstaaten größer geworden ist. Es gab eine gewisse Skepsis. Man fragte sich, wie lang es dauern werde, bis wir das verarbeiten könnten. Gerade die Ukrainekrise hat doch gezeigt, dass wir in der 25er-Union keineswegs weniger handlungsfähig sind. Wir konnten feststellen, dass die Zusammenarbeit der beiden Präsidenten Kwasniewski aus Polen und Adamkus aus Litauen mit dem Hohen Beauftragten der Europäischen Union hervorragend war. Im Hintergrund haben viele, auch die Bundesregierung und der Bundeskanzler, dazu beigetragen, dass wir hier vorangekommen sind.

An diesem Punkt muss ich Ihnen ehrlich sagen – es wird dauernd über Stolz geredet –, dass wir stolz darauf sein sollten, dass diese erweiterte Union die Verfassung zustande gebracht hat. In der gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik und in der gemeinsamen Außenpolitik kommen wir jetzt weiter. Wenn die Verfassung umgesetzt wird, dann wird die Verhandlungsfähigkeit weiter zunehmen. Dabei war die Türkei nicht nur in der NATO, sondern auch in der Verbindung von EU und NATO ein wichtiger Partner.

Frau Merkel, stellen Sie sich vor: Die privilegierte Partnerschaft existiert bereits heute.

Die Türkei war bei der Unterzeichnung der Verfassung im Kapitol dabei und an den Beratungen über die Verfassung hat sie durch ihre Repräsentanten nicht nur der Regierung, sondern auch des Parlaments von Anfang an teilgenommen. In allen wichtigen Gremien der Europäischen Union sitzt sie beratend und sie nimmt an den Beratungen teil. Es gibt die Zollunion und inzwischen auch enge wirtschaftliche Beziehungen. Das heißt: Das, was Sie privilegierte Partnerschaft nennen und worüber Sie verhandeln wollen, existiert bereits.

Sie haben das große Problem, dass die Regierung Erdogan bereits Fortschritte erreicht hat. Sie hat mit der Durchsetzung rechtsstaatlicher Grundsätze, mit der Abschaffung der Todesstrafe und mit Rechtsstaatsreformen Ernst gemacht, die wir seit Jahrzehnten gefordert haben, die aber erst jetzt angegangen wurden und noch umgesetzt werden müssen. ...

Die EU war von Anfang an mehr als eine Freihandelszone. Die EFTA war die Freihandelszone, die EU hat von Anfang an auf Integration gesetzt. Das Wesen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft war schon damals die Idee der Integration. Deswegen wurden der Gemeinsame Agrarmarkt und der Gemeinsame Markt für Industriegüter gleich am Anfang geschaffen. Das heißt, die Integration ist das wesentliche Element der Europäischen Union...

Ich komme zur Integration. Sie sprechen von der Wirtschaftsgemeinschaft. Ich sehe hier keinen Widerspruch. Die Vertiefung und Herstellung des Gemeinsamen Marktes und die Wirtschafts- und Währungsunion stehen in einem engen Zusammenhang mit einem vertieften politischen Zusammenwachsen. Das hat auch die Erweiterung der Europäischen Union gezeigt. Ich frage Sie: Woher wissen Sie, dass Ihre These, mit der Türkei sei das nicht möglich, stimmt? Wir entscheiden heute nicht über den Beitritt der

Türkei, sondern wir entscheiden über die Modernisierung der Türkei. Die Entscheidung über die Unterstützung der bisher erfolgreichen Modernisierung steht an.

Weder Sie noch ich wissen, was passieren wird. Es geht um Folgendes: Wenn wir Ihre Position übernehmen, wird das, ob Sie das intendieren oder nicht – ich meine das jetzt nicht negativ –, in der Türkei als Nein gesehen. Die Konsequenzen aus diesem Nein müssen wir dann auch durchbuchstabieren. Wir haben der Türkei über 41 Jahre lang den Beitritt zugesagt. Franz Müntefering hat noch einmal die Positionen und Zusagen, die auch Ihre Partei und die von Ihnen gestellten Regierungen vertreten haben, zitiert. Die Konsequenzen aus diesem Nein – darin sind wir uns doch zumindest hinter verschlossenen Türen einig – wären extrem fatal.

Sie können uns heute nicht nachweisen, dass wir mit einem Ja einen Automatismus in Gang setzen. Das tun wir nicht, sondern wir sprechen uns expressis verbis gegen jeden Beitrittsautomatismus aus... Ich dachte, zwischen Ihnen und uns gibt es in einem Punkt Einigkeit, nämlich dass wir ein großes Interesse an der Modernisierung der Türkei haben. Ich dachte auch, dass wir ebenso darin einig sind, dass diese Modernisierungsperspektive der Türkei mit der europäischen Perspektive verbunden ist.

Ich sage Ihnen: Eine europäische Perspektive bedeutet auch eine feste Verankerung.

Ich komme jetzt zu dem entscheidenden Punkt. Wir wollen die Entscheidung über den Beitritt der Türkei dann, wenn sie beitriffähig ist. Wir wissen, dass dieser Prozess zehn, vielleicht sogar 15 Jahre dauern wird. Wir wissen, dass es keinen Automatismus geben wird. Wir wissen auch, dass mit entsprechenden Benchmarks Vorsorgeregulungen für den Fall getroffen werden, dass die Entwicklung in der Türkei stagniert oder sie sich in die völlig andere Richtung bewegt...

Ich komme zu der strategischen Frage. ... Es ist doch nicht so, dass auf der einen Seite die Union die Gefühle anspricht und auf der anderen Seite eine kalte Strategie steht. Der entscheidende Punkt bei der Türkei ist, dass die Modernisierung in diesem großen islamischen Land am weitesten fortgeschritten ist.

Ich will hier noch einen anderen Punkt ansprechen. Bei der Wahl des Generalsekretärs der Organisation der Islamischen Konferenz bestand die Alternative zwischen einem von Saudi-Arabien unterstützten Kandidaten und einem türkischen Kandidaten. Ich habe von manchen arabischen Kollegen und auch von Vertretern anderer islamischer Länder, die nicht Teil der arabischen Welt sind, gehört, dass der Grund, warum sie sich für den türkischen Kandidaten entschieden haben – er hat am Ende gewonnen –, war, dass sie den Reformprozess in der Türkei als beispielhaft nicht nur für sich selbst, sondern für die gesamte arabisch-islamische Welt sehen. Das ist der eigentlich strategische Ansatz. Darum geht es.

Das ist nicht das alleinige Argument und für sich genommen noch nicht ausreichend. Aber es ist natürlich ein sehr wichtiges Argument. Nach dem 11. September geht es darum, dass wir in der islamisch-arabischen Welt entweder die Transformation unterstützen oder in Kauf nehmen, auf eine Explosion zuzusteuern, die dann irgendwann kommen wird. Das scheint mir ganz klar zu sein. In dieser Situation ohne Not Nein zu sagen, halte ich für dermaßen blind und gegen die Interessen Europas, der gesamten westlichen Welt und Deutschlands gerichtet, dass ich Sie noch einmal auffordern möchte, Ihre Position im Lichte der Fakten grundsätzlich zu überprüfen...

Auch unter dem Gesichtspunkt des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus wäre es das Dummste, Kurzsichtigste und Gefährlichste, was wir machen könnten, wenn wir die Mehrheit der Muslime in die Ecke derer stellen würden, die meinen, uns mit Terror gefährden oder angreifen zu müssen. Im Gegenteil: Die Mehrheit der Muslime muss auf unserer Seite stehen, wenn wir diese Auseinandersetzung gewinnen wollen.

Die Bundesregierung hat sich ihre Position nicht leicht gemacht. Wir werden uns mit allem Nachdruck dafür einsetzen, dass wir jetzt auf dem Europäischen Rat eine Entscheidung auf der Grundlage bekommen, dass der Prozess offen ist, es keinen Beitrittsautomatismus gibt und die Umsetzung der notwendigen Reformen in die gesellschaftliche Realität überprüft wird. Es muss eindeutig sein, dass die Türkei einen Termin im nächsten Jahr bekommt, an dem wir die Beitrittsverhandlungen eröffnen. Dies ist im Interesse Europas und

im Interesse unseres Landes.

Ich danke Ihnen.